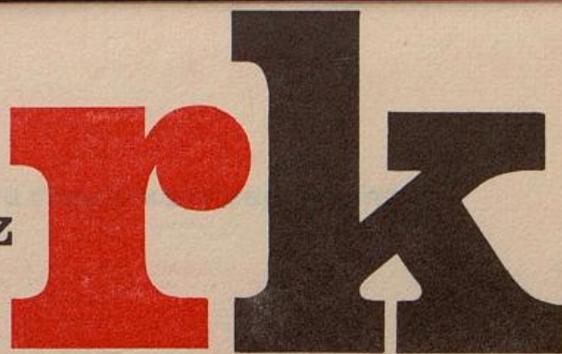


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Mittwoch, 25. Juni 1980

Blatt 1878

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Wiener Landtag

(rosa)

Wiener Gemeinderat

Neue Verkehrsorganisation für U 2

Landtagspräsident Pfoch - 60. Geburtstag

Freitag wichtige Entscheidung der Planungsgemeinschaft  
Wien, Niederösterreich, Burgenland

Stadtrat Mayr über Aktionärsbesprechung AKPE

Nur  
über FS:

24.6. Kranwagen beschädigte Straßenbahnoberleitung

25.6. Nordbahnhof-Ausstellung in der Leopoldstadt

Am Samstag spielt die Blasmusik

Stadtteilplanung Heuberg: 2. Teil der Ausstellung

Fabriksbrand in Ottakring

Junge Norweger konzertierten im Rathaus

k o m m u n a l :

=====

ab samstag: neue verkehrsorganisation fuer u 2 (1)

1 wien, 25.6. (rk) im zusammenhang mit der fuer 30. august vorgesehenen inbetriebnahme der 'u 2' tritt am kommenden samstag, dem 28. juni, eine neuorganisation des oeffentlichen verkehrs im bereich der 2er-linien in kraft. die neue strassenbahnlinie 'n' und die neue autobuslinie '4 a' nehmen den betrieB auf, die bisherigen 2er-linien werden unter neuen liniensignalen zum schottentor gefuehrt, der unterirdische strassenbahnverkehr zwischen landesgericht und karlsplatz wird eingestellt, der strassenbahnverkehr am ring verstaerkt.

am 30. august 1980 nimmt die neue , rund dreieinhalb kilometer lange u-bahn-linie 'u 2' zwischen karlsplatz und schottenring den betrieB auf. zwischen karlsplatz und landesgericht faehrt die u-bahn auf der bisherigen unterirdischen strassenbahnstrecke der ''zweier-linien'', zwischen landesgericht und schottenring handelt es sich um eine neubaustrecke, die eine voellig neue verkehrsverbindung - zwischen dem einzugsgebiet der ''zweier-linien'' und dem verkehrsknoten schottenring/franz josefs-kai - erschliesst. noch wesentlich attraktiver wird diese u-bahn-linie 1982 werden, wenn in den spitzenzeiten jeder zweite zug ueber die gleise der 'u 4' in einem kreis zurueck zum karlsplatz und weiter in richtung hietzing gefuehrt werden kann, sodass der u-bahn-ring um die innere stadt geschlossen wird.

neue strassenbahn- und autobuslinie ab 28. juni

im zusammenhang mit der inbetriebnahme der 'u 2' kommt es auch im strassenbahn- und autobusnetz zu zahlreichen wesentlichen aenderungen. der groesste teil dieser massnahmen tritt bereits am samstag, dem 28. juni, in kraft - gleichzeitig mit der in der

letzten phase der umbauarbeiten fuer die u-bahn notwendigen einstellungen des strassenbahnbetriebes auf der unterirdischen strecke der "zweier-linien". eine aufrechterhaltung des strassenbahnverkehrs ist waehrend dieser arbeiten nicht mehr moeglich. deshalb wurden dafuer bewusst die sommermonate gewaehlt, weil in dieser zeit das verkehrsaufkommen wesentlich geringer ist.

um den fahrgaesten in diesen zwei monaten einen entsprechenden ersatz zu bieten, wird die am ring verkehrende strassenbahnlinie 't' verstaerkt, die intervale werden verkuerzt. urspruenglich war auch die moeglichkeit eines ersatzverkehrs mit autobussen auf der lastenstrasse erwogen worden. dieser gedanke wurde aber nach eingehender pruefung fallengelassen, weil die verkehrssituation im zuge der lastenstrasse unguenstig ist und vor allem, weil keine geeigneten standorte fuer haltestellen vorhanden sind. die verstaerkung des strassenbahnverkehrs am ring ist deshalb die beste loesung fuer die kurze uebergangszeit, in der auf der "zweierlinie" die strassenbahn nicht mehr und die u-bahn noch nicht verkehrt.

Linien '37', '40', '43': endstation schottentor

statt den bisherigen "zweier-linien" der strassenbahn verkehren ab 28. juni 1980 die linien '37' (fuer 'g 2'), '40' (fuer 'e 2') und '43' (mit verkuerztem intervall fuer 'h 2') von den endstationen im nordwesten bis zum schottentor. die als ersatz fuer die linie 'g 2' vorgesehene strassenbahnlinie '37' kann am 28. juni allerdings noch nicht den regulaeren betrieb aufnehmen, da derzeit die bruecke ueber die vorortelinie im zuge der hohen warte erneuert werden muss. ab 28. juni 1980 wird der bestehende ersatzverkehr mit autobussen vom guertel bis zum schottentor verlaengert, um den fahrgaesten ein mehrmaliges umsteigen zu ersparen. die aufnahme des normalen strassenbahnverkehrs auf der linie '37' ist fuer 30. august 1980 vorgesehen.

ein wunsch der bevoelkerung des 3. bezirkes kann am 28. juni mit der schaffung der neuen autobuslinie '4 a' (karlsplatz - marxergasse) erfuehlt werden: diese neue linie ersetzt nicht nur den aufgelassenen ast der ''zweier-linien'' vom karlsplatz in richtung 3. bezirk, sondern verbessert auch die verkehrerschliessung des 3. bezirks ganz wesentlich, da sie durch die dichtbesiedelten wohngebiete fuehrt. die strecke vom karlsplatz ueber neulinggasse - ungargasse - rochusgasse - kundmanngasse (zurueck rasumofskygasse - sechskruegelgasse) bis marxergasse bietet nicht nur eine verbindung wichtiger bezirkszentren untereinander, sondern auch einen direkten anschluss an den u-bahn-knoten karlsplatz.

#### Linie 'n': vom friedrich engels-platz zur hauptallee

eine aeusserst attraktive neue verkehrsverbindung erschliesst die strassenbahnlinie 'n', die ebenfalls am samstag den betrieb aufnimmt. sie fuehrt vom friedrich engels-platz ueber dresdner strasse - taborstrasse - schwedenplatz (u-bahn) - uraniastrasse - radetzkystasse zur hauptallee. damit wird in der dresdner strasse neben der spitzenverkehrslinie '29' auch die linie '0' ersetzt, die dann am praterstern endet.

#### aenderung von liniensignalen

gleichzeitig mit der neuen verkehrsorganisation treten am 28. juni bei vier autobuslinien aenderungen der liniensignale (bei unveraenderter streckenfuehrung) in kraft, um das signal-system einheitlicher zu gestalten. ab 28. juni verkehrt die autobuslinie '61 a' (oper - meidling) mit dem signal '59 a', die autobuslinie '164 a' (liesing - kalksburg) mit dem signal '61 a', die autobuslinie '66 a' (reumannplatz - inzersdorf, grossmarkt) mit dem signal '67 a' und die autobuslinie '67 a' (siedlung wienerberg - unterlaa) mit dem signal '17 a'. (ger)

k o m m u n a l :

=====

## Landtagspraesident pfoch - 60. geburtstag

10 wien, 25.6. (rk) der erste praesident des wiener landtages hubert p f o c h feiert heute am mittwoch, dem 25. juni, seinen 60. geburtstag.

hubert pfoch erlernte nach dem besuch der pflichtschulen das tischlerhandwerk. er gehoerte zunaechst den ''roten falken'' an und wirkte nach 1934 in den illegalen jugendzirkeln der verbotenen sozialdemokratischen partei. 1940 wurde pfoch zum arbeitsdienst, anschliessend zu den pionieren der deutschen wehrmacht eingezogen. im april 1945 konnte sich pfoch aus der tschechoslowakei nach wien durchschlagen. unverzueglich nahm er seine politische taetigkeit wieder auf und konnte an der wiedergruendung der sozialistischen partei in ottakring, wo man ihm die funktion des bezirksobmannes der sozialistischen jugend uebertragen hatte, entsprechenden anteil nehmen. 1946 waehlte ihn die erste ordentliche wiener landeskonferenz der sozialistischen jugend zu ihrem obmann.

1945 trat der 25jaehrige pfoch in den dienst der stadt wien, arbeitete zunaechst als bibliothekar und qualifizierte sich zum buechereileiter und zentralen wirtschaftsreferenten.

1949 wurde pfoch von seinem heimatbezirk ottakring in den gemeinderat gewaehlt. er arbeitete in den gemeinderatsausschuessen fuer kultur und volksbildung, fuer bauwesen, gesundheitswesen, und fuer die staedtischen unternehmungen. er wurde mitbegruender der ''baugenossenschaft ottakring'' und des wohnbauvereines ''junge generation''. der verein stellte es sich zur aufgabe, vor allem jungen ehepaaren unter ausschliessung eines gewinnmotivs modernen, familiengerechten wohnraum zu schaffen. 1963 wurde pfoch obmann der ottakringer spoe-bezirksorganisation. im gleichen jahr berief ihn der klub der sozialistischen gemeinderaete und bezirksvorsteher zu seinem sekretaer.

im dezember 1964 wurde pfoch zum amtsfuehrenden stadtrat fuer oeffentliche einrichtungen gewaehlt. er hatte wichtige dienstleistungen, wie kanalisation, wasserversorgung der bevoelkerung mit hochwertigem trinkwasser stand im vordergrund: das grundwasserwerk lobau wurde fertiggestellt. die fassung und einleitung der ''sieben quellen'' in neuberg an der muerz war fuer die wasserversorgung der wiener von entscheidender bedeutung. gleichzeitig wurden die vorarbeiten fuer den bau der dritten wasserleitung aus dem raume mitterndorf forciert, die wasserbehaelter in wien sowie das grosskalibrige rohrleitungssystem ausgebaut und damit fuer jahre hinaus die wasserversorgung der bundeshauptstadt gesichert. mit dem bau der klaeranlage inzersdorf-blumental und den vorarbeiten der hauptklaeranlage wiens wurden fuer die bebauung des suedrandes der stadt und fuer den gewaesser- und umweltschutz wichtige arbeiten vollbracht. ueber auftrag von pfoch wurde ein weitreichendes baederkonzept erstellt, das den grosszuegigen ausbau der bestehenden und den bau neuer hallen-, sommer- und kinderfreibaeder zum inhalt hatte, unter anderen das neue dianabad, das stadthallenbad, das ottakringer bad, das schafbergbad und andere.

1969 wurden pfoch die agenden des neugeschaffenen ressorts fuer hochbau uebertragen. im vordergrund standen der schulneubau, der bau von kindergaerten, wichtigen sportstaetten, bedeutende vorhaben fuer die volksbildung, grosse nutzbauten, wie das fleischzentrum st. marx, die grossmaerkte in inzersdorf, das fernheizwerk spittelau, und vor allem die grossen spitalsbauten - wie allgemeines krankenhaushaus, rudolfstiftung, umbau des wilhelminenspitals, die kinderlinik rosenhuegel etc. nicht weniger als 18 neue kindergaerten sowie 29 schulen konnten in dieser legislaturperiode neu errichtet beziehungsweise erweitert werden. internationale anerkennung fanden die in dieser zeit im zusammenhang mit schulen errichteten rundturnhallen in vielen neuen siedlungsgebieten. mit dem hallenstadion prater und dem sportzentrum west wurde begonnen. die volkshochschule hietzing und die haeuser der begegnung in der grossfeldsiedlung und in liesing, das bezirkszentrum donaustadt mit amts- haus und haus der begegnung wurden gebaut. gleichzeitig wurden im kommunalen wohnbau beachtliche leistungen erzielt. es konnten in diesen jahren rund 20.000 neue wohnungen fertiggestellt werden, die familiengerecht und gut ausgestattet waren. die anwendung moderner architektur wurde forciert.

./.

im herbst 1973 wurde hubert pfoch, der seit 1971 als einer der stellvertretenden obmaenner der wiener organisation der spoe fungiert, zum vizebuergemeister gewaehlt. gleichzeitig uebernahm er die aufgaben als amtsfuehrender stadtrat fuer wohnen und liegenschaftswesen, in der alle agenden der grundstuecksbeschaffung, des wohnungswesens und des hochbaues sinnvoll zusammengefasst waren. in diesem zeitraum konnte das liegenschaftswesen neu orientiert werden. die schaffung einer zentralen liegenschaftskartei, massnahmen gegen die bodenspekulation und die offensive ankaufspolitik waren wichtige voraussetzungen fuer die bodenbeschaffung, um notwendige bauvorhaben der stadt wien durchfuehren zu koennen. im wohnungsbau vollzog sich ein entscheidender wandel: die ausstattung der gemeindewohnungen erreichte eine ueberall anerkannte spitzenqualitaet. neue wohnformen - maisonetten, split-level-formen, behindertenwohnungen - gelangten zum durchbruch. die wohnbauleistung der zahl und qualitaet nach hielt sich im durchschnitt der jahre auf hohem niveau. auf dem gebiet der wohnbaufoederung erarbeitete wien eine fuer die anderen bundeslaender vorbildhafte subjektfoederung. die anzahl der altwohnungen, die durch die wohnungsverbesserungskredite der zeit entsprechend instandgesetzt werden konnten, ueberstieg bald 10.000 pro jahr.

nach einer neuordnung der geschaeftseinteilung ist pfoch seit oktober 1976 ausschliesslich mit dem ressort 'wohnen' betraut, in dem - neben dem liegenschaftswesen - der grosse bereich der wohnungspolitik dominiert. die foederung des wohnungsneubaues, die revitalisierung von stadtteilen, die verbesserung erhaltenswuerdiger bausubstanz ist hier zu nennen.

schliesslich ist noch das 'wohnungsamt der stadt wien' anzufuehren, welches in 19.000 stiegenhaeusern, 200.000 gemeindewohnungen und 10.000 geschaeftslokale zu betreuen hat. diesem bereich - in dem das wohlbefinden der bewohner zu gewahrleiten ist - wendet pfoch sein spezielles bemuehen zu.

im bezug auf die fragen des umweltschutzes, des freizeit- und erholungsraumes der grosstadt, konnte durch die beschlussfassung des wiener kleingartengesetzes, an dessen zustandekommen pfoch grossen anteil hat, eine sowohl fuer kleingartensiedler sowie auch fuer die notwendigkeiten der stadtentwicklung guenstige loesung gefunden werden.

pfoch wurde am 14. februar 1979 zum ersten praesidenten des wiener landtages gewaehlt. (ree)

k o m m u n a l :

=====

## wiener landtag (1)

9 wien, 25.6. (rk) unter dem vorsitz seines praesidenten hubert p f o c h (spoe) trat der wiener landtag mittwoch zu einer sitzung zusammen. die sitzung begann mit einer fragestunde

## fragestunde

auf die e r s t e a n f r a g e von labg. f u e r s t (oevp), welche massnahmen derzeit noch fuer einen wirksamen zivil- und katastrophenschutz in wien fehlen, antwortete landeshauptmann g r a t z , dass die vollziehung des katastrophenhilfegesetzes mit erlass der magistratsdirektion geregelt wurde. ein katastrophenschutzplan wurde erarbeitet, der die grundlage fuer den katastrophens- alarmplan und die katastropheneinsatzplaene bildet, die in kuerze fertiggestellt werden. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob er die seit jahren unveraenderte dotierung des zivilschutzver- bandes fuer ausreichend halte, antwortete gratz, dass in gespraechen mit dem verband dessen einordnung in den einsatzplan festgelegt werden soll. zur frage der schutzraeume bemerkte gratz, dass dies insofern ein heikles problem sei, als durch die erfuellung der zahlreichen forderungen, was alles aus der wohnbaufoerderung finan- ziert werden soll, fuer den wohnungsneubau immer weniger mittel vorhanden waeren. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , wie er sich die zusammenarbeit der bevoelkerung mit dem zivilschutz- verband vorstelle, wenn der verband unter der im telefonbuch ange- gebenen nummer nicht erreichbar sei, antwortete gratz, dass ge- spraechе ueber die einordnung des verbandes stattfinden werden. fuer den katastropheneinsatz selbst braucht man jedenfalls eine eindeutige organisationsstruktur der oeffentlichen hand. die rolle des freiwilligen verbandes soll vor allem im bereich der vorbereitung liegen.

auf die z w e i t e a n f r a g e von labg. dr. h i r n s c h a l l (fpoe), ob er bereit sei, den entwurf einer novelle zur wiener stadtverfassung vorbereiten zu lassen, wonach dem kontrollausschuss die vorberatung der an den wiener gemeinderat gerichteten berichte des rechnungshofes zugewiesen wird, antwortete landeshauptmann g r a t z , dass das kontrollrecht des gemeinderates eine der grundfunktionen des parlamentarismus sei. hier muessten entsprechende vorschlaege der fraktionen erfolgen, denen er als chef der verwaltung nicht vorgreifen wolle. in einer e r s t e n z u s a t z f r a g e zitierte hirnschall einen von bundeskanzler kreisky erhobenen vorwurf, dass die laender die rechnungshofberichte eher "salopp" behandeln und fragte, ob gratz eine gesetzliche aenderung begruessen wuerde. gratz antwortete, dass sich dieser vorwurf nicht auf wien beziehe. ich wuerde mir wuenschen, sagte gratz, dass alle landtage die rechnungshofberichte in oeffentlicher sitzung behandelten. was die frage der einsetzung von untersuchungsausschuessen betreffe, erklarte gratz, dass er dies grundsaeztlich durchaus begruessen wuerde. in angelegenheiten des parlamentarischen kontrollrechtes wolle er jedoch nicht in prozedurale fragen eingreifen. auf die z w e i t e z u s a t z - f r a g e , ob nicht genauere behandlung des rechnungshofberichtes notwendig waere, antwortete gratz, dass seitens der verwaltung einer detaillierten behandlung nichts im wege stuede. die initiative muesse aber bei den fraktionen liegen. (ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener Landtag (2):

fragestunde (forts.)

14 wien, 25.6. (rk) auf die d r i t t e a n f r a g e von labg. p a w k o w i c z (fpoe), welche stellungnahme er zum vorschlag von bundeskanzler kreisky beziehe, Umweltschutzkompetenzen der laender an den bund abzugeben und hierfuer kompetenzen bei der wohnbaufoerderung uebertragen zu erhalten, antwortete landeshauptmann g r a t z , man muesse das gesamte paket der gegenseitigen forderungen sehen. was die wohnbaufoerderung betreffe, so seien die bundeslaender bereit, die verantwortung fuer die aufbringung der mittel zu tragen. die verschiedenen notwendigkeiten in den einzelnen bundeslaendern bedingen hier die kompetenz und damit auch die finanzierungsverantwortung bei den bundeslaendern. bezueglich des umweltschutzes ist man davon abgekommen, dem bund allgemeine umweltschutzkompetenzen zu uebertragen. bestimmte punkte, die einer einheitlichen regelung beduerfen, sollen in die kompetenz des bundes fallen.

auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , welche einzelkompetenzen das sein sollen, sagte gratz, es seien dies die festsetzung der maximalwerte fuer emissionen und immissionen und fragen, die grenzueberschreitende belastungen betreffen, wie beim kohlekraftwerk tullnerfeld.

auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob es zeim bund konkrete zielvorstellungen gibt, sagte gratz, dass diese zielvorstellungen die eben genannten beispiele betreffen.

auf die v i e r t e a n f r a g e von labg. e m e r l i n g (spoe), welche wesentlichen beschluesse heuer im wohnungsfoerderungsbeirat gefasst wurden, antwortete der amtsfuehrende stadtrat fuer wohnen und stadterneuerung h a t z l : es wurde beschlosssen, die lohnkostenerhoehungen bei allen projekten nachzufoerdern, und die angemessenen gesamtbaukosten bei revitalisierungsprojekten im einzelfall bis zu 40 prozent zu erhoehen, wenn

./.

der erhaltung der baulichkeit besondere bedeutung beigemessen wird. schliesslich wurde beschlossen, das vorschlagsrecht der stadt wien auf eine wohnungsanzahl festzusetzen, die 25 prozent der gefoererten nutzflaechen entspricht. fuer verbesserte waermedaemmung sollen mehrkosten bis zu zehn prozent in der foerderung beruecksichtigt werden.

auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , welche bereiche der wohnbaufoerderung in naechster zeit besonders wichtig sein werden, sagte hatzl, es seien dies die forderung nach verlaenderung des mittelaufkommens, die zufuehrung neuer moeglichkeiten fuer die subjektfoerderung, aber auch die loesung der bindung der einkommensgrenzen von der hoechstbeitragsgrundlage der sozialversicherung, sowie die gleichstellung von mietwohnungen und eigentumswohnungen.

auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob er der meinung von landeshauptmann maurer sei, der gaeussert hat, wien werde bei der wohnbaufoerderung bevorzugt, sagte hatzl, er sei nicht dieser meinung. wien bringt mehr auf als es erhaelt. aufgrund der tatsache, dass wien 200.000 substandardwohnungen hat, hat wien hier einen erhoehten bedarf an wohnbaufoerderungsmitteln, weshalb eine neuaufteilung dieser mittel in betracht gezogen werden muss. (gab)  
(forts.)

1102

wiener Landtag (3):

fragestunde (schluss)

15 wien, 25.6. (rk) auf die s i e b e n t e a n f r a g e von abg. a r t h o l d (oevp), wie der derzeitige stand der verhandlungen ueber die neuregelung des bundesstrassennetzes in wien ist, antwortet str. n i t t e l (spoe), dass das wiener verkehrskonzept basis fuer diese verhandlungen ist. ende mai dieses jahres gab es ein erstes vorgespraech mit dem bund. nun werden die stadt wien und der bund unabhaengig voneinander vorschlaege fuer eine aenderung erarbeiten. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , auf welche strassen man "verzichten werde", antwortete nittel,

./.

es gibt eine grosse liste fuer einen ausbau und eine grosse liste von strassen, die wien nicht bauen moechte. die stadt wien wird versuchen, einige derzeit noch im bundesstrassengesetz enthaltene strassen mit anderen strassen zu tauschen. dazu gehoeren die autobahn durch die brigittenau oder die lobau-autobahn. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob man nicht daran denkt, die durch den nichtbau von autobahnen ersparten gelder fuer oeffentlichen verkehr in wien zu verlangen, antwortete str. nittel, dass dafuer jede gesetzliche voraussetzung fehlt. es koennten nur jene vorhaben gefoerdert werden, die im bundesstrassengesetz enthalten sind. persoendlich ist er der meinung, dass bei einer zukuenftigen erhoehung der bundesmineraloelsteuer mittel auch zur verbesserung der verkehrsverhaeltnisse in den ballungsraeumen und damit fuer den oeffentlichen verkehr verwendet werden sollten.

auf die a c h t e a n f r a g e von abg. mag.

k a u e r (oevp), welche vorstellungen er hinsichtlich einer baldigen novellierung der wiener bauordnung habe, antwortet str. univ.-prof. dr. w u r z e r (spoe), dass landeshauptmann gratz im dezember des vorjahres nach artikel 15 a der bundesverfassung einen vertrag ueber massnahmen zur energieeinsparung unterfertigt hat. derzeit ist man dabei, diese massnahmen in die bauordnung einzuarbeiten. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob auch eine zusaetzliche informationspflicht vorgesehen ist, antwortete wurzer, dass man mit den stadtteilentwicklungsplaenen, wie zum beispiel am heuberg, einen neuen weg beschritten habe. dort wird, bevor es zu flaechenwidmungaenderungen kommt, die bevoelkerung durch eine ausstellung und durch prospekte informiert. man sollte die erfahrungen aus diesem experiment abwarten. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , wie man das problem, das alle besitzer einer eigentumswohnung parteien im sinne des verwaltungsgesetzes, die mieter einer wohnung jedoch nicht parteien sind, loesen koennte, antwortete stadtrat wurzer, dass man auch in diesem fall die erfahrungen mit den stadtteilentwicklungsplaenen abwarten sollte.  
(sei)

auf die f u e n f t e a n f r a g e des labg.

o u t o l n y (spoe), wie die entwicklung der wohnbaufoerderung auf dem neubausektor in diesem jahr sei, antwortete stadtrat

h a t z l (spoe), dass von jahresbeginn bis 19. juni 1980 144 antraege auf die errichtung von 2.180 wohneinheiten gestellt wurden. der landeswohnbaufoerderungsbeirat hat am 4. juni 2.748 wohneinheiten positiv begutachtet. bis dato wurden von der landesregierung fuer den neubau von 2.319 wohneinheiten und 28 lokalen wohnbaufoerderungsmittel in hoehe von 876,5 millionen schilling genehmigt. einschliesslich der aufwendungen fuer nachforderungen und verbesserungen groesseren umfanges im rahmen der wohnbaufoerderung u.a. wurden bisher von der landesregierung 916 millionen schilling genehmigt. in den naechsten tagen werden antraege an die landesregierung um weitere zusicherungen gestellt werden. auf eine z u s a t z f r a g e, welche auswirkungen sich im bereich der staedtischen wohnhaeuserverwaltung beziehungsweise bei den wohnbeihilfen durch hoehere kreditzinsen ergeben, antwortete hatzl, dass auf grund der veraenderung der kreditzinsen eine erhoehung bei wohnbauten, auch solchen der stadt wien, mit 1. april notwendig wird. hatzl verfuegt, dass die nachforderung auf die restlichen sechs monate des jahres aufgeteilt wird. gleichzeitig wurde von amtswegen eine Neuberechnung bestehender wohnbeihilfen vorgenommen, um den betroffenen mietern zeit und wege zu ersparen.

auf die s e c h s t e a n f r a g e des labg. s e v c i k (spoe), ob sich das system der sogenannten schienen a und b im bereich der wohnungsverbesserung bereits eingespielt habe, antwortete stadtrat h a t z l (spoe), dass sich diese vorgangsweise schon voll bewaehrt hat, weil eine zuordnung der verbesserungsantraege auf die vorgesehenen prioritatsstufen mit hilfe der automatischen datenverarbeitung erfolgt. damit konnte auch ein beschleunigter abbau anhaengiger antraege, insbesondere der schiene a (verbesserung von substandard auf standard, das heisst, wasser, wc, bad, dusche und aehnliches) erreicht werden. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e wie es im bereich der wohnungsverbesserung fuer 1980 aussehe, antwortete hatzl, dass die fuer das heurige jahr bereitgestellten mittel ausreichen, um ein darlehensvolumen von 890 millionen zuzusichern. bisher wurden rund 400 millionen schilling darlehen fuer wohnungsverbesserungen ausgezahlt. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e, ob mit den

restlichen betraegen die zu erwartenden neuantraege finanziert werden koennen, antwortete hatzl, das heuer noch rund 490 millionen zur verfuegung stehen. alle antraege aus dem jahre 1979 wurden positiv erledigt, es sei jedoch damit zu rechnen, dass das antragsvolumen fuer heuer die vorhandenen mittel um 200 millionen schilling uebersteigen werde. es sei aber zu erwarten, dass alle bis oktober einlangenden antraege noch im heurigenjahr positiv erledigt werden koennen, der rest zu beginn des naechsten jahres. (and) (forts.)

1113

wiener Landtag (4):

## antraege

17 wien, 25.6. (rk) es lagen zwei oevp-antraege vor. beantragt wurde der ausbau der kontrolle und die einfuehrung eines wohnstarthilfefonds. die antraege wurden an die zustaendigen ausschuesse zugewiesen.

## wahl

als ersatzmitglied fuer den bundesrat wurde der labg. Leopold s c h n e i d e r (oevp) an stelle von dr. walter macher (oevp), der seine funktion zuruecklegte, gewaehlt.

## unfallfuersorgegesetz

stadtrat n e k u l a (spoe) beantragte die 4. novelle zum unfallfuersorgegesetz 1967, wodurch der versicherungsschutz bei unfaellen erweitert wird. ein versicherter steht nunmehr auch waehrend des mittagesessens oder bei taetigkeiten die "zur befriedigung lebensnotwendiger beduerfnisse dienen" unter dem schutz der unfallversicherung. ausgenommen sind unfaelle im haeuslichen bereich.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

./.

## besoldungsordnung

stadtrat nekula (spoe) beantragte die 18. novelle zur besoldungsordnung 1967. mit dieser gehaltsgesetznovelle wurde vor allem eine verbesserung der aufstiegsmoeglichkeiten in die dienstklasse (roem.) 3 geschaffen.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

## gebrauchsabgabengesetz

stadtrat mayr (spoe) beantragte die aenderung des gebrauchtsabgabengesetzes 1966. bei der ersten wiener volksbefragung hat sich die mehrheit der wiener bevoelkerung fuer ein verbot der aufstellung von propagandastaendern ausserhalb von wahlzeiten ausgesprochen. damit in zukunfft diese staender auch in der verordnung vom verbot erfasst werden, wurde die im gebrauchtsabgabengesetz 1966 dafuer vorgesehene tarifpost aufgehoben.

die magistratsverordnung, die nach der volksbefragung zum verbot der plakatstaender erlassen wurde, bezeichnete stadtrat dr. g o l l e r (oevp) als "pfuscharbeit". bei der aufzaehlung der ausnahmebestimmungen sei auf die gesetzlichen interessensvertretungen sowie auf das volksbegehren vergessen worden. mit den bestimmungen wird das wilde plakatieren wieder gefoerdert. auch die wirtschaftliche werbung sei von der novellierung betroffen.

in seinem schlusswort stellte stadtrat mayr fest, dass das, was nach einer volksbefragung zu verbieten war, nicht in einem steuergesetz erlaubt werden kann. es gaebe selten jemanden, der so schwer eine niederlage bei der volksbefragung in kauf nahm, wie die volkspartei.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe angenommen.

(ba) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener landtag (5):

## kinogesetznovelle .

18 wien, 25.6. (rk) stadtrat prof. dr. z i l k (spoe) beantragte eine aenderung des wiener kinogesetzes (wiener kinogesetznovelle). damit sollen die voraussetzungen geschaffen werden, dass auch in wien die durchfuehrung von kinovorstellungen und die errichtung von kinos nach modernen gesichtspunkten erfolgen kann.

labg. s c h n e i d e r (oevp) wies darauf hin, dass das aus dem jahr 1955 stammende kinogesetz zwar mehrmals geringfuegig novelliert worden sei, aber keineswegs mehr den heutigen erforderungen entspreche. die novellierung war deshalb notwendig. dabei konnten durch die kammer der gewerblichen wirtschaft und die oevp zahlreiche verbesserungen gegenueber dem urspruenglichen entwurf erreicht werden, ohne dass jedoch alle vorschlaege beruecksichtigt wurden. es wird notwendig sein, in zukunft die entwicklung auf diesem gebiet aufmerksam zu verfolgen, um erforderliche legistische massnahmen rechtzeitig treffen zu koennen.

labg. s t r a n g l (spoe) wies darauf hin, dass die oevp der novelle im ausschuss nicht zugestimmt habe, jetzt jedoch anderer meinung sei. in den beratungen ueber die novelle wurde ein ausgleich zwischen den interessen der wirtschaft und der arbeitnehmer gesucht, vorrang hatten beduerfnisse der sicherheit. strangl warf der oevp vor, reine wirtschaftsinteressen zu vertreten.

stadtrat prof. dr. z i l k (spoe) erklarte in seinem schlusswort, dass die novelle die voraussetzung fuer die geaenderten kinobetriebsstaettenvoerordnungen darstelle. wir befinden uns auf dem richtigen weg, dem guten alten kino neue, attraktive formen zu eroeffnen, schloss zilck. (ger) (schluss)

- ende des sitzungsberichtes -

Kommunal:Stadtrat Mayr über Aktionärsbesprechung AKPE  
=====

Wien, 25.6. (Rk) Die Sitzung des Wiener Gemeinderates am Mittwoch wurde mit einer Mitteilung von Finanzstadtrat Hans M a y r eingeleitet. Diese Mitteilung hatte das Ergebnis der Besprechungen der Aktionäre der AKPE am 27. Mai und am 18. Juni über den Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses zum Inhalt. Die "Rathaus-Korrespondenz" bringt im folgenden den Wortlaut:

*Am 27. Mai und am 18. Juni 1980 traten die für die Allgemeines Krankenhaus Wien, Planungs- und Errichtungs-Aktiengesellschaft zuständigen Aktionärsvertreter des Bundes und der Stadt Wien zu Gesprächen über den Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses zusammen. An diesen Gesprächen nahmen teil:*

Am 27. Mai 1980

Vizekanzler Dkfm.Dr. Hannes Androsch  
Bundesminister für Finanzen

Dr. Hertha Firnberg  
Bundesminister für Wissenschaft und Forschung

Dr. Herbert Salcher  
Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz

Karl Sekanina  
Bundesminister für Bauten und Technik

Hans Mayr  
Amtsführender Stadtrat der Geschäftsgruppe für  
Finanzen und Wirtschaftspolitik

Univ.Prof.Dr. Alois Stacher  
Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe für  
Gesundheit und Soziales

Am 18. Juni 1980

Vizekanzler Dkfm.Dr. Hannes Androsch  
Bundesminister für Finanzen

*Dr. Hertha Firnberg*

*Bundesminister für Wissenschaft und Forschung*

*Karl Sekanina*

*Bundesminister für Bauten und Technik*

*Leopold Gratz*

*Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien*

*Hans Mayr*

*Amtsführender Stadtrat der Geschäftsgruppe für  
Finanzen und Wirtschaftspolitik*

*Univ.Prof.Dr. Alois Stacher*

*Amtsführender Stadtrat der Geschäftsgruppe für  
Gesundheit und Soziales*

Da bei diesen Aktionärsbesprechungen eine Reihe wichtiger Entscheidungen für den Weiterbau dieses größten österreichischen Hochbauprojektes getroffen wurden, möchte ich Sie über diese Beschlüsse informieren.

1. Es soll eine Expertengruppe - auch unter Zuziehung ausländischer Fachleute - kurzfristig eine Ist-Zustandserhebung über die Planung und Bau-durchführung durchführen. Hiefür wurden von den Aktionärsvertretern Experten auf dem Gebiet der Krankenhausplanung und des Krankenhausbetriebes namhaft gemacht. Eine Ausschreibung dieser Leistungen wird somit nicht erfolgen. Mit diesen Experten finden derzeit Kontaktgespräche statt. Die Erhebung soll Aufschluß über den Stand der Planung und Ausführung des Projektes, über die Organisation der Projektabwicklung und über den in den letzten Jahren erzielten Baufortschritt geben.

2. Es soll rasch eine "begleitende Kontrolle" installiert werden und von einer Gruppe, bestehend aus einigen Ziviltechnikern, 1 dienstfrei gestellten Beamten des Kontrollamtes der Stadt Wien und 1 Vertreter des Bundes, wahrgenommen werden.

In Vollzug dieses Beschlusses werden derzeit Gespräche mit Ziviltechnikern geführt. Bei den vom Bund und der Stadt Wien namhaft zu machenden Personen wird es sich um erfahrene Prüforgane handeln. Der Bund hat seinen Vertreter bereits nominiert, bezüglich der Dienstfreistellung des städtischen Prüforganes hat der Vorsitzende des Aufsichtsrates den Herrn Bürgermeister bereits ersucht, eine Dienstfreistellung eines erfahrenen Beamten zu ermöglichen. Die begleitende Kontrolle soll eine umfassende Kontrolle aller wesentlichen Geschäftstätigkeiten sein, vor allem auf den Gebieten der Terminplanung, der Kostenplanung und der Auftragsvergaben. Auch Preisprüfungen und Leistungsfeststellungen sollen der Kontrolle unterliegen.

3. Es soll mindestens 1 Vorstandsmitglied der AKPE öffentlich ausgeschrieben werden. Bewerber sollen die Bereiche Haus- und Medizintechnik sowie Organisation und Inbetriebnahme abdecken.

In Durchführung dieses Beschlusses wurden Inserate für diese Positionen in maßgebenden Zeitungen Österreichs und des deutschsprachigen Auslandes eingeschaltet. Bis einschließlich 23. Juni 1980 sind hiezu 39 Bewerbungen beim Vorsitzenden des Aufsichtsrates eingelangt, wovon etwa zwei Drittel auf die Position "Organisation und Inbetriebnahme" entfallen. Die Bewerbungsfrist läuft am 30. Juni 1980 ab.

4. Im Interesse eines raschen Baufortganges und unter dem Gesichtspunkt des am 3. Juli 1979 beschlossenen Kostenlimits sind die nötigen Entscheidungen der künftigen Nutzer von Bundesminister Dr. Firnberg und Stadtrat Dr. Stacher herbeizuführen, falls diese auf Beamtenebene nicht zustande kommen.

In Vollziehung dieses Beschlusses haben bereits mehrere informelle Arbeitsgespräche unter Vorsitz von Stadtrat Stacher stattgefunden.

5. Die Aktionärsvertreter nahmen einen Bericht des Vorstandes der AKPE über die derzeitige Situation der Durchführung des Projektes zur Kenntnis. Um einen effizienten Weiterbau zu sichern und die vorgesehenen Fertigstellungstermine - Teilinbetriebnahme im Osten des Hauptgebäudes ab Ende 1983, Fertigstellung des Hauptgebäudes und der erforderlichen Erweiterungsbauten Ende 1987 - einzuhalten, wurde beschlossen:

Alle Entscheidungen und Maßnahmen des Vorstandes sind unter dem Gesichtspunkt der raschen Fertigstellung des Bauvorhabens und der Einhaltung des von den Aktionärsvertretern am 3. Juli 1979 festgelegten Kostenlimits - rund 20 Milliarden Schilling auf Preisbasis 1. Jänner 1976, das entspricht einem Betrag von rund 24,2 Milliarden Schilling auf Preisbasis 1. Jänner 1980 für das Hauptgebäude und die Erweiterungsbauten - zu treffen.

Um dieses Kostenlimit einhalten zu können, wurde eine Reihe von Einsparungsmaßnahmen einvernehmlich festgelegt:

1. Die in den Erweiterungsbauten Ost geplanten sogenannten Penthäuser für Ärztedienstzimmer entfallen. Dadurch reduziert sich das Bauvolumen um rund 9.000 Kubikmeter. Die Ärztedienstzimmer werden zum größten Teil im Flachkörper, zum Teil auch in den Bettenhäusern angeordnet.

2. Das Gebäude für die medizintechnischen Schulen wird um 36.000 Kubikmeter auf einen umbauten Raum von rund 50.000 Kubikmeter reduziert.

Mit diesen Einsparungen ist das Bauvolumen für das Hauptgebäude und die Erweiterungsbauten mit rund 2,8 Millionen Kubikmeter umbauten Raum fixiert.

3. Die Kosten des Projektes Neurochirurgie (Zubau zur Kinderklinik) werden mit 400 Millionen Schilling (Preisbasis Juni 1980, ohne Umsatzsteuer) limitiert.
  4. Die zweite Bauphase des Hochvoltbunkers kostet rund 250 Millionen Schilling (Preisbasis 1. Jänner 1976, ohne Umsatzsteuer); dies entspricht zu heutigen Preisen einem Betrag von rund 320 Mio.S. Die endgültige Entscheidung, in welcher Form diese Mittel bereitgestellt werden (Einsparungen oder eine andere Entscheidung) ist bis spätestens Frühjahr 1982 zu treffen.
  5. Zur Kostenminimierung soll - wo noch möglich - eine Verbesserung des Verhältnisses von Nutzfläche zu Kubatur angestrebt werden.
  6. Weitere Kostenminimierungen sind im Bereich der haustechnischen Ausstattung anzustreben.
  7. Darüber hinaus ist zur Einhaltung des Kostenlimits die medizintechnische und sonstige Einrichtung auf den unbedingt notwendigen Umfang, vor allem auch durch Weiterverwendung hochwertiger medizinisch-technischer Geräte im neuen Haus, zu beschränken.
6. Als weitere Maßnahmen im Sinne eines raschen Weiterbaus und einer klaglosen Teil- und Vollinbetriebnahme des neuen Wiener Allgemeinen Krankenhauses wurde beschlossen:
1. Der Vorstand der AKPE wird ermächtigt, zur rascheren Projekt-  
abwicklung und Erfüllung der Anforderungen aus den umfassenden  
Kontrollmaßnahmen den Personalstand um bis zu 10 Personen zu erhöhen.

2. Die Stadt Wien wird veranlassen, daß ab Herbst 1980 für den künftigen Betrieb erforderliches Personal zum Zweck der Einschulung bereitgestellt wird.
3. Der Vorstand der AKPE wird ermächtigt, bei der AKPE ein Planungs-direktorium unter Einschluß der Spitalsverwaltung der Stadt Wien und des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung einzurichten, mit der Aufgabe, durch eine optimale Kombination von Eigenleistung, Leistung der Spitalsverwaltung der Stadt Wien, Leistung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung und Auftragsvergaben die Betriebsorganisationsplanung durchzuführen. Der Vorstand wird beauftragt, für die Auftragsvergaben ein Regulativ unter Mitwirkung des Rechnungshofes und des Kontrollamtes der Stadt Wien festzulegen.
7. Der Vorstand der AKPE wird ermächtigt, eine Gutachtergruppe zu bilden, die auf dem Sektor der medizintechnischen Einrichtung des neuen AKH die Ausschreibungen auf ihre Produktneutralität begutachten soll.

Da die Firma Siemens AG Österreich als einziger potenter medizintechnischer Planer in Österreich den Auftrag für die Planung der medizintechnischen Einrichtungen beim Neubau des AKH erhielt, zugleich aber auch aufgrund ihres Lieferprogrammes auch Lieferinteressen hat, wurde dieser Beschluß gefaßt, um auch nur den Anschein einer nicht firmenneutralen Ausschreibung zu vermeiden.

8. Die Vertreter der Aktionäre nahmen einen Bericht des Vorstandes der AKPE über die Ausnahmegenehmigung für nicht natürlich belichtete Arbeitsräume zur Kenntnis. Am 9. April 1980 hat eine Besprechung zwischen den Präsidenten Benya und Czettel, Bürgermeister Gratz, dem Vorsitzenden der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Gemeinderat Pöder, sowie den amtsführenden Stadträten Dr. Stacher und Nekula

in dieser Angelegenheit stattgefunden. Dabei wurde Einvernehmen darüber erzielt, daß jenen Dienstnehmern, die im neuen AKH in nicht natürlich belichteten Arbeitsräumen beschäftigt sind, zusätzlich tägliche Arbeitspausen von ungefähr 20 Minuten gewährt werden sollen. Die Arbeitszeitverkürzung soll in der Woche nicht mehr als 2 Stunden und im Vierteljahr nicht mehr als 3 Tage betragen.

Bürgermeister Gratz hat Minister Weißenberg schriftlich von diesem Verhandlungsergebnis verständigt und ihn ersucht, nun zu diesen Bedingungen die Ausnahmegenehmigung nach dem Arbeitnehmerschutzgesetz zu erteilen. Nach deren Vorliegen sind auch die Voraussetzungen für eine Betriebsbewilligung nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz gegeben.

Weitere Beschlüsse der Vertreter des Bundes und der Stadt Wien waren:

9. Der Vorstand der AKPE wird ermächtigt, einen Auftrag zur Ermittlung der voraussichtlichen Betriebskosten für das neue AKH, vor allem zur Ermittlung der aus dem Spitalsbetrieb einerseits und der Lehre und Forschung andererseits resultierenden Kosten, im Einvernehmen mit der Spitalsverwaltung der Stadt Wien und dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung zu vergeben.
10. Der Vorstand der AKPE hat im neuen AKH ein EDV-Informationssystem auf Basis der generell in Krankenanstalten der Stadt Wien verwendeten EDV-Systeme zu installieren. Diese bestehenden Systeme sind entsprechend den Notwendigkeiten, die sich für den Betreiber MA 17 für ein modernes Krankenhaus dieser Größenordnung ergeben, zu ergänzen. Die aus diesem Informationssystem resultierenden Daten, die für die Lehre und Forschung relevant sind, werden dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung zur Verfügung gestellt.

11. Der Vorstand der AKPE wird ermächtigt, die Öffentlichkeit über den Baufortschritt des Projektes umfassend zu informieren. Vor allem soll der Bevölkerung in regelmäßigen Abständen Gelegenheit geboten werden, die Baustelle zu besichtigen.
12. Der Vorstand der AKPE wird dem amtsführenden Stadtrat für Finanzen und Wirtschaftspolitik über den Neubau des AKH jährlich zwecks Vorlage an den Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik berichten. Der Bericht hat zu beinhalten:

den jeweiligen Planungsstand,  
den Baufortschritt,  
den zur Vergabe gelangten Leistungsumfang,  
die im Berichtszeitraum für die Errichtung aufgewendeten finanziellen Mittel.

Darüber hinaus wird der Vorstand über die Ergebnisse von Aktionärsbesprechungen berichten.

Alle diese Berichte werden auch allen am Neubau-  
projekt beteiligten  
Ressortleitern des Bundes und der Stadt Wien zur  
Verfügung gestellt.

Bei diesen beiden Aktionärsbesprechungen sind also grundlegende Entscheidungen getroffen worden. Sie werden wesentlich dazu beitragen, das neue Wiener Allgemeine Krankenhaus so schnell und so wirtschaftlich wie nur möglich fertigzustellen. (red)

k o m m u n a l :

=====

freitag wichtige entscheidung der planungsgemeinschaft wien,  
niederoesterreich, burgenland

20 wien, 25.6. (rk) in wiener rathaus tritt am freitag nach-  
mittag das beschliessende gremium der planungsgemeinschaft ost mit  
den landeshauptleuten leopold g r a t z , theodor k e r y  
und andreas m a u r e r zusammen. es wird sich unter anderem  
mit strassenbau und -planung sowie mit der gestaltung der  
donauufer befassen.

geehrte redaktion

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

wir laden sie zu einem

p r e s s e g e s p r a e c h

im anschluss an diese sitzung ein.

bitte merken sie vor:

zeit : freitag, 27. juni, 16.30 uhr.

ort: rathaus, praesidialstiege, 1. stock, roter salon.

1156

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (1):

mitteilung ueber akpe

23 wien, 25.6. (rk) unter dem vorsitz von gr. L e h n e r (oevp) nahm der wiener gemeinderat anschliessend seine diensttag unterbrochene sitzung wieder auf. als erster meldete sich stadtrat m a y r (spoe) zu einer mitteilung ueber die aktionaersbesprechung der akpe am 27. mai und am 18. juni ueber den neubau des wiener allgemeinen krankenhauses zu wort. in diesen besprechungen wurde u.a. festgelegt:

1. eine expertengruppe soll eine ist-zustandserhebung ueber die planung und baudurchfuehrung erstellen.
2. es soll rasch eine "begleitende" kontrolle installiert werden.
3. mindestens ein vorstandsmitglied der akpe soll oeffentlich ausgeschrieben werden.
4. im interesse eines raschen baufortschritts und unter dem gesichtspunkt des beschlossenen kostenlimits werden bundesminister dr. hertha firnberg und stadtrat dr. stacher die notwendigen entscheidungen herbeifuehren.
5. um einen effizienten weiterbau und die vorgesehenen fertigstellungstermine zu sichern, wurde beschlossen, dass alle entscheidungen und massnahmen des vorstandes das kostenlimit von 24,2 milliarden (hauptgebaeude und erweiterungsbauten) auf preisbasis 1. jaenner 1980 beruecksichtigen muessen.
  - a) dazu werden die aertztedienstzimmer nicht in penthaeusern, sondern im flachkoerper und in den bettenhaeusern angeordnet.
  - b) das gebaeude der medizinisch-technischen schule wird auf 50.000 kubikmeter reduziert. damit betraegt das bauvolumen der hauptgebaeude und erweiterungsbauten rund 2,8 millionen kubikmeter.
  - c) die neurochirurgie (zubau zur kinderklinik) wird mit 400 millionen basis juni 1980 beschraenkt.

- d) die zweite bauphase des hochvoltbunkers kostet nach heutigen preisen 320 millionen.
- e) zur kostenminimierung soll - wo noch moeglich - eine verbesserung des verhaeltnisses von nutzflaeche zu kubatur angestrebt werden.
- f) weitere kostenminimierungen sind im bereich der haustechnischen ausstattung anzustreben.
- g) die medizinisch-technischen geraete sollen auf den unbedingt notwendigen umfang begrenzt werden.
6. der vorstand der akpe wird ermaechtigt, bei der akpe ein planungsdirektorium mit der aufgabe einzurichten, die betriebsorganisationplanung durchzufuehren.
7. eine gutachtergruppe wird bei der ausschreibung medizintechnischer einrichtungen die produktneutralitaet pruefen.
8. fuer die arbeitnehmer in nicht natuerlich belichteten arbeitsraeumen werden zusaetzlich taegliche arbeitspausen von 20 minuten gewaehrt.
9. es wird ein auftrag zur ermittlung der voraussichtlichen betriebskosten fuer das neue akh (spitalsbetrieb , lehre und forschung) vergeben.
10. es wird ein edv-informationssystem eingerichtet, das jenem entspricht, das generell in den krankenanstalten der stadt wien verwendet wird. fuer die beduerfnisse des akh soll es ergaenzt werden.
11. die bevoelkerung wird ueber den baufortschritt des projekts umfassend informiert, dazu gehoeren auch regelmaessige besichtigungen.
12. jaehrlich wird der akpe-vorstand dem zustaendigen stadtrat ueber den jeweiligen planungsstand, den baufortschritt, den vergebenen leistungsumfang und fuer die im berichtszeitraum aufgewendeten finanziellen mittel berichten. (and) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (2):

## kontrollamtsberichte

25 wien, 25.6. (rk) gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) berichtete als vorsitzender des kontrollausschusses des wiener gemeinderates ueber den taetigkeitsbericht des kontrollamtes zum geschaeftsjahr 1979 der stadt wien und ueber die berichte zur vergabe der betriebsorganisationsplanung beim neubau des allgemeinen krankenhauses und ueber die gebarung der allgemeinen krankenhauses planungs- und errichtungsgesellschaft (akpe) fuer die jahre 1975 bis 1978.

im taetigkeitsbericht des kontrollamtes wurden zahlreiche maengel innerhalb der verwaltung der stadt wien aufgezeigt. so gibt es keine gesetzlichen vorschriften fuer die lagerung von brennbaren fluessigkeiten ausserhalb von gewerblichen betrieben. das kontrollamt kritisiert, dass im allgemeinen krankenhause und in zwei weiteren wiener spitaelern stationen ohne betriebsbewilligung in betrieb genommen wurden. das marktamt der stadt wien fuehrt aus personalmangel zuwenig revisionen in grosskuechen durch. bei der vergabe von auftraegen zur kabelverlegung kam es nach ansicht des kontrollamtes zu einer groben verletzung der oe-norm durch die e-werke. das kontrollamt kritisiert weiter, dass es zu keiner leistungssteigerung in der zentralwerkstaette der wiener verkehrsbetriebe gekommen ist. der fruehere geschaeftsfuehrer der firma odelga hat als bediensteter der stadt wien ein jahr einen firmenwagen der odelga benuetzt, obwohl er von der stadt wien ein kilometerpauschale bekam.

im bereich der wiener holding stellt das kontrollamt fest, dass es auf dem bausektor zu einer erfolgsverschlechterung gekommen ist. im wohnpark alt-erlaa wird sich die liquiditaetslage verschuerfen. im bereich der gastronomie ist die entwicklung bei der wigast positiv, die gustana verzeichnet hohe verluste. die 1978 gegrueendete firma med-consult fuehrt hauptsaechlich akh-auftraege durch. urspruenglich vorgesehene andere auftraege kamen nicht zustande.

gr. dr. hirnschall ging im weiteren auf die akh-berichte des kontrollamtes ein. nach ansicht des kontrollamtes sind die erheblichen schwierigkeiten beim neubau des akh auf folgende punkte zurueckzufuehren:

- O auf die folgenschwere entscheidung des koordinations- und spaeter spitzenausschusses, das neue akh nicht in pavillon-, sonder in blockbauweise zu errichten. diese entscheidung ist 1957/58 relativ rasch getroffen und spaeter nie in frage gestellt worden.
- O waehrend des nahezu 25jaehrigen planungsablaufes wurde weder ein zeit- noch ein kostenlimit festgelegt. einen ersten versuch in diese richtung hat es erst vor einem knappen jahr gegeben.
- O beim neubau des akh hat man in den ersten beiden jahrzehnten den untrennbaren zusammenhang zwischen betriebsorganisationsplanung als voraussetzung fuer die raum- und funktionplanung nicht gesehen. folge davon war, dass die spaeter einsetzende betriebsorganisationsplanung sich der raum- und funktionsplanung anpassen musste.
- O der bauherr hat eine energische und fachgerechte projektleitung nicht sichergestellt.
- O die ma 17 hat niemals ihre erfahrungen und zielvorstellungen in die planungsarbeit eingebracht. das kontrollamt sieht es als bezeichnend an, dass 1976 - 20 jahre nach planungsbeginn - die daten des ist-zustandes des derzeitigen akh gefehlt haben.
- O die in die akpe gesetzten erwartungen wurden nur teilweise erfuehrt. wesentliche bauherrenfunktionen wurden an eine private arbeitgemeinschaft, die apak, uebertragen.

gr. hirnschall berichtete im folgenden ueber die vergabe der betriebsorganisationsplanung. nach ansicht des kontrollamtes war die akpe von anfang an bei dieser vergabe an die Bestimmungen der oe-norm a 2050 gebunden. es wurde zwar eine ausschreibung vorbereitet, bei der sich 56 auslaendische firmen und drei inlaendische gruppen gemeldet haben, doch bereits vor beginn der ausschreibung wurde vom akpe-vorstand festgehalten, dass die abo mit abstand die vorteilhafteste kombination von einzelfirmen darstellt. bis zur auftragsvergabe im jahr 1978 kam es zu vielen maengeln, so dass nach ansicht des kontrollamtes die ausschreibung aufzuheben

und zu wiederholen gewesen waere. einige dieser maengel waren:

- O das leistungsverzeichnis wurde von der abo geaendert. damit war keine vergleichbarkeit der angebote gegeben.
- O die abo hat bis zum ablauf der anbotsfrist nur drei ihrer mitglieder genannt. die nachtraegliche meldung eines vierten mitgliedes war unzuessaessig. bis zur auftragsvergabe verfuegte lediglich die oekodata ueber eine gewerbeberechtigung.
- O mit allen bietern wurden blos abstimmungsgespraechе gefuehrt, verhandelt wurde nur mehr mit der abo. damit ist man defacto zu einer freihaendigen vergabe uebergegangen.

gr. dr. hirnschall erklarte weiter, dass der aufsichtsrat den vorstand der akpe 1978 ermaechtigt hat, den auftrag an die abo zu vergeben. die abo gehoerte mit einem anbot von 370 millionen neben einer schweizer firma zu den teuersten bietern. das anbot des kopenhagener instituts fuer funktionsanalyse lag um mindestens 140 millionen schilling unter dem geforderten abo-honorar.

die akpe hat spaeter nicht den gesamten auftrag, sondern nur eine teilleistung mit einem honorar von 122,8 millionen vergeben. zur auftragsvergabe steht die akpe auf dem standpunkt, dass planungsleistungen aus dem geltungsbereich der oenorm a 2050 ausgenommen sind und eine freihaendige vergabe daher nicht nur erlaubt, sondern auch zweckmaessig ist. das kontrollamt stellt eindeutig fest, dass die oenorm fuer die vergabe von leistungen jeder art gilt. ausgenommen sind lediglich ideen- und entwurfswettbewerbe, die betriebsorganisationsplanung faellt nicht darunter.

gr. dr. hirnschall erklarte abschliessend, dass das kontrollamt empfohlen hat, die im herbst dieses jahres auslaufenden vorstandsvertraege der akpe allenfalls nicht wie ueblich auf fuenf jahre zu verlaengern, sondern einen wesentlich kuerzeren zeitraum zu waehlen. (sei) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (3):

debatte kontrollamtsberichte

26 wien, 25.6. (rk) im kontrollamtsbericht wird immer wieder auf sicherheitsbestimmungen hingewiesen, die zu wenig oder gar nicht eingehalten werden, stellte gr. p a w k o w i c z (fpoe) fest. als absolut toedliche fälle bezeichnete der freiheitliche gemeinderat das einkaufszentrum aez in wien-landstrasse. hunderte menschen seien dort taeglich groesster gefahr ausgesetzt. das kontrollamt habe festgestellt, dass das stiegenhaus im erdgeschoss und im zwischengeschoss gegen die anschliessenden geschaeftslokale und die passage nur mit drahtglaswaenden abgeschlossen ist und auch in den uebrigen geschossen nicht feuerbestaendig ausgebildet ist. eine flucht waere aber nur durch dieses stiegenhaus moeglich, weil die beiden anderen stiegenhaeuser staendig versperrt sind. nur zoegernd hat sich das bezirksamt fuer den 3. bezirk bereiterklaert, eine gewerbepolizeiliche revision im aez durchzufuehren.

waere der brand im kaufhaus gerngross unter tags ausgebrochen, waere die rettung von menschen wegen der unbeweglichen lamellen vor den fenstern nicht moeglich gewesen. beim bau des gebaeudes wurden bewegliche lamellen von der behoerde vorgeschrieben, das einhalten dieser auflage wurde jedoch nie ueberprueft.

an vierter stelle der unfallhaeufigkeit in wien steht der verkehrsknoten in kaisermuehlen. stadtplanung und strassenbauabteilung erklaren sich jedoch wechselweise fuer nicht zustaendig. pawkowicz verlangte fuer diese verkehrsfalle verschaerfte sicherheitsbestimmungen.

ein weiteres trauriges kapitel sei die zunehmende anzahl von abgasvergiftungen. 1979 hat es dadurch 23 todesfaelle gegeben. die unfaele durch gasspeicher sind auf ueberlastung, nicht widmungsgemaesse verwendung und auf unregelmaessige wartung zurueckzufuehren. die fpoe hat ein sicherheitspickerl fuer diese gasspeicher beantragt, was jedoch abgelehnt wurde. auch die absperrvorrichtungen fuer hauptgasleitungen sind in schulen, kindergaerten,

krankenhaeusern und gorsskaufhaeusern meistens unzugaeuglich oder gar nicht vorhanden.

die fragen der sicherheitsbestimmungen sollten kuenftig mehr beachtet werden, ehe ein unglueck geschieht. (ba) (forts)

1403

wiener gemeinderat (4):

debatte kontrollamtsbericht (forts.)

27 wien, 25.6. (rk) die kontrolle hat ein integrierender bestandteil aller aktivitaeten zu sein, sagte gr. dkfm. a m m a n n (oevp). je groesser die finanziellen mittel, je komplexer ein projekt, desto wichtiger ist die kontrolle, wobei vor allem eine begleitende kontrolle erforderlich ist. das beispiel u-bahn-bau zeigt die wichtigkeit der kontrolle. in den berichten des kontrollamtes und des rechnungshofes gibt es eine fuelle von kritik und anregungen zu einzelnen punkten. ammann brachte in diesem zusammenhang einen a n t r a g ein, der eine aenderung der vergaberichtlinien zeigte, dass diese richtlinien in vielen punkten nicht mehr der gegenwaertigen rechtslage und den heutigen anforderungen entsprechen. auch der rechnungshofbericht enthaelt eine grosse zahl kritischer wahrnehmungen im bereich des u-bahn-baues, so im zusammenhang mit der verbindung zur zentralwerkstaette, der mangelnden koordination mit den oesterreichischen bundesbahnen, dem stationsbauwerk karlsplatz, den architektenhonoraren, den u-bahn-garnituren und den gleichrichterstationen. ammann stellte den a n t r a g , der buergermeister moege eine arbeitskonferenz "u-bahn-bau" einberufen, in der die pruefer des rechnungshofes und des kontrollamtes ihre vorschlaege den verantwortlichen des u-bahn-baues, den zustaendigen architekten und planern sowie den vertretern der gemeinderatsklubs darlegen. die arbeitskonferenz soll dann aufgrund der wahrnehmungen der zustaendigen gremien vorschlaege fuer eine wirksame organisation, abwicklung und kontrolle des kuenftigen u-bahn-baues in wien vorlegen. (ger)

die zusammenarbeit zwischen den dienststellen und dem kontrollamt sei korrekt und werde von gemeinsamen bemuehen getragen, stellte gr. s c h w e d a (spoe) aus. er gab seiner verwunderung ausdrueck, dass die oevp wohl die unabhaengigkeit des kontrollamts in frage stelle, gleichzeitig aber feststellt, dass es zur zufriedenheit arbeitet. der kontrollamtsdirektor wurde wieder gewaehlt. und es duerfte wohl auch im sinne der oevp arbeiten, wenn diese fraktion zu den berichten beifall klatscht. in wien gibt es - gemessen an den anderen bundeslaendern - ein hoechstmass an kontrolle, und im kontrollausschuss gibt es weitestgehende sachliche zusammenarbeit. er erklaerte, dass kuenftig die geprueften dienststellen nicht nur die moeglichkeit haben sollen, zu feststellungen des kontrollamtes stellung zu nehmen, sondern dazu verpflichtet werden sollen. schweda stellte zur diskussion, ob nicht in zukunft wieder rechnungsabschluss und kontrollamtsbericht gemeinsam beraten werden sollen, da diese beiden bereiche in der debatte kaum zu trennen sind. (and)

stadtrat dr. gertrude k u b i e n a (oevp) kritisierete, dass die beratungsdienste fuer die behinderten nicht ausgebaut werden. ein subventionsansuchen des sozialen hilfswerkes wurde abgelehnt, obwohl dort ausgezeichnete arbeit im dienste der behinderten geleistet wird. offenbar wurde keine subvention gegeben, weil das soziale hilfswerk nicht von einem spoe-verein gefuehrt wird.

man weiss immer noch nicht, woher man die technischen sicherheitsbeauftragten fuer die spitaeler hernehmen koennte. man sollte doch bei verabschiedung eines gesetzes ueber den vollzug eines gesetzes nachdenken.

abschliessend erklaerte dr. kubiena, dass die stadt wien wertvolle objekte wie das frank-spital in lilienfeld nicht verschleudern sollte. es waere als nachsorgezentrum bestens geeignet. (sei)  
(forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (5):

debatte kontrollamtsberichte (forts)

28 wien, 25.6. (rk) der kontrollamtsbericht ueber die wiener u-bahn geht bis ins jahr 1978 zurueck und stellt schon in der einleitung fest, dass sich moeglicherweise einiges veraendert hat, sagte gr. r i e d l e r (spoe). dazu koennen einige beispiele gegeben werden. 1978 hat es 143 millionen minderausgaben gegeben, was eine kostenfehlschaetzung von fuef procent ausmacht. 1979 brachten die mehrausgaben von 17,5 millionen eine kostenabweichung von 0,7 procent. bei einem so grossen projekt sei eine derartig geringe kalkulationsdifferenz ein ausgezeichnetes resultat. die pruefungsberichte sollen emotionslos betrachtet und nicht skandalisiert werden. sicher sei es nicht die spoe, die skandalisiert sondern es seien die oevp-nahen medien, die die kontrollamtsberichte in ihrer rohfassung aufnehmen und skandalisieren.

von den "1000 procent mehrkosten" fuer die u 4 sind letzten endes 41 procent mehrkosten uebergeblieben. diese ueberschreitungen waren jedoch keine fehlschaetzung, sondern dienten der qualitativen verbesserung der u-bahn. bei einem projekt, das ueber viele jahre errichtet wird, muessen auch technische neuerungen beruecksichtigt werden. kostenvergleiche zwischen dem u-bahn-bau in wien und in anderen staedten - beispielsweise in muenchen - seien nicht zulaessig. in wien wird naemlich alles, was mit dem u-bahn-bau zusammenhaengt, vom tunnelbau bis zur gruengestaltung, bei der u-bahn budgetiert. das honorar fuer architekten ist in der gebuehrenordnung von der architektenkammer festgelegt. die stadt wien muss sich genau danach richten.

immer wieder kommen auslaendische experten, um den wiener u-bahn-bau als vorbild zu betrachten. nach den ersten erfahrungen wird es moeglich sein, die zweite bauphase noch wirtschaftlicher und rationeller in angriff zu nehmen. (ba) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (6):

debatte kontrollamtsberichte (forts)

32 wien, 25.6. (rk) gr. friederike seidl (spoe) wies den vorwurf zurueck, dass die spoe ein gestoertes verhaeltnis zur kontrolle habe.

sie zitierte kontrollamtsberichte aus den fruehen siebzigerjahren, in denen in ressorts, die unter der leitung von oevp-stadtraeten standen, vorgaenge kritisiert wurden, die - stuenden sie heute in einem kontrollamtsbericht - von der oevp als schlamperei bezeichnet wuerden.

seidl verwies darauf, dass das sicherheitsbewusstsein von uns allen groesser geworden ist, ausgelost nicht zuletzt durch konkrete ereignisse in aller welt.

es sei keineswegs so, dass es vor dem gerngross-brand keine ausreichenden vorschriften fuer kaufhaeuser gegeben habe - aber die bestehenden richtlinien wurden nach diesem brand ueberprueft und modifiziert. es sei zu hoffen, dass die vorschriften in den grosskaufhaeusern und supermaerkten auch eingehalten werden. es wird auch darauf ankommen, ob die kammer zu den gemachten vorschlaegen steht und ob auch von dieser seite auf die inhaber von kaufhaeusern, hotels etc. eingewirkt wird. nicht in jedem supermarkt kann dauernd ein beamter anwesend sein, um die einhaltung der vorschriften zu kontrollieren.

das kontrollamt stellte fest, dass die sicherheit in schulen und kindergaerten gewaehrleistet ist. darueber hinaus wurden von ihm zusaetzliche verbesserungsvorschlaege gemacht. die anzahl der revisionen in betriebe, die vom bazillenausscheidergesetz erfasst sind, wurde verdoppelt. (ger) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (7):

debatte kontrollamtsbericht (forts.)

33 wien, 25.6. (rk) stadtrat univ.-prof. dr. alois stacher (spoe) nahm zu fragen stellung, die von stadtraetin dr. kubiena aufgeworfen worden waren.

zur situation der geraeteueberpruefung und sicherheitstechnik in wien sagte stacher, dass wien die weitestgehenden sicherheitsbestimmungen von allen bundeslaendern in dieser beziehung hat. in bezug auf die sozialen hilfswerke bemerkte stacher, dass es ohne dies neben dem behindertenreferat am schottenring eine reihe weiterer einrichtungen zur hilfe und beratung fuer behinderte gibt. dem vorschlag, das frank-spital in lilienfeld fuer die krebs-nachsorge zu nuetzen, hielt stacher entgegen, dass dieses spital fuer kinder ausgelegt und darum ungeeignet ist. den vorwurf, in dieses spital noch kurz vor dem verkauf investiert zu haben, konterte stacher mit der aussage, dass zu diesem zeitpunkt noch nicht die entscheidung gefallen war, ob es weiter gefuehrt wird. (gab)

zur pruefung des auftrags und des vergabevorganges der planungs- und betriebsorganisation des wiener allgemeinen krankenhauses (universitaetskliniken) und zur akpe nahm gr. dr. pawkowicz (fpoe) stellung. er wies darauf hin, dass die freiheitlichen bereits am 14. februar 1979 eine dringliche kontrolle der vergaben und durchfuehrungen im zusammenhang mit dem allgemeinen krankenhaushaus verlangt haben. gr. dr. hirnschall habe damals gefragt, warum dieser grossauftrag ohne oeffentliche ausschreibung erfolgen konnte. der dringlichkeit sei damals nicht stattgegeben worden, und buergermeister leopold gratz erteilte am 26. februar 1979 den pruefungsauftrag an das kontrollamt. in der

./.

frankfurter allgemeinen zeitung und in der neuen zuercher zeitung wurden unternehmen fuer die durchfuehrung der betriebsorganisation gesucht, aber in keiner oesterreichischen zeitung. dazu habe die akpe erkluert, dass die in frage kommenden heimischen unternehmen bekannt waren. er bemaengelte auch, dass 56 bewerber in einem komplizierten ermittlungsverfahren durchleuchtet werden, wovon schliesslich nur mehr vier uebrig blieben. erst dann kamen firmen, die das ergebnis der auslese abgewartet hatten.

am 1. juli 1977, noch vor der ausschreibung, hiess es in einem aktenvermerk der akpe: es zeichnet sich ab, dass die abo die beste kombination von einzelfirmen ist, die sich auch subunternehmen bedienen koennte. pawkowicz vermutet, dass bereits zu diesem zeitpunkt die entscheidung fuer die abo gefallen war. obwohl ausdruecklich die nennung von subunternehmen in der ausschreibung gefordert worden war, legte die abo keine derartige liste vor. waehrend die ausschreibungsfrist am 28. oktober 1978 endete, langte die bewerbung der abo erst am 17. jaenner ein. darauf wurde die zuschlagsfrist um einen monat verlaengert, dann wurden nur mehr gespraecher mit der abo gefuehrt. pawkowicz verwies auch auf das starke engagement wilflings fuer die abo. der redner kritisierte, dass vergaberichtlinien und die oenorm 2050 verletzt wurden und die ordnungsgemaesse auswahl des bestbieters nicht gegeben war. er verlangte die amtsenthebung der beiden derzeit taetigen vorstandsdirektoren 'wegen eklatanter entscheidungsschwaechen und unfae-higkeit zur fuehrung eines unternehmens dieser groessenordnung'.

(and) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (8):

debatte kontrollamtsberichte (forts)

34 wien, 25.6. (rk) die situation des restvorstandes der akpe ist unhaltbar geworden, erklarte gr. dr. k r a s s e r (oevp). man kann nicht alles auf den ehemaligen direktor winter schieben. der ehemalige bereichsleiter fuer das staedtische gesundheitswesen, dr. wilfling, hat seinen charakter gezeigt, als er einen dienstwagen der odelga fuhr und gleichzeitig kilometergeld von der gemeinde wien bezog. und direktor schwaiger hat den vorstand der akpe einschliesslich wilfling in die "eve" eingeladen. neben den fachlichen fehlen wohl auch die moralischen voraussetzungen fuer die leitung eines solchen unternehmens.

stadtrat stacher hat bereits im jahr 1974 wilfling und winter als spezialisten fuer das wiener gesundheitswesen vorgestellt. damit ist klar, wem man diese beiden herren verdanken kann. die aktionaersvertreter, vizekanzler dr. androsch, buergermeister gratz und stadtrat mayr, sind seit 1975 bloss dreimal zu akh-gespraechen zusammengekommen. haetten die eigentuemervertreter mehr interesse gezeigt, haette auch der aufsichtsrat die absichten des eigentuemers dem vorstand uebermitteln koennen.

in muenchen fanden monatlich gespraecher der spitzenvertreter statt. in wien glaubte man, mit der gruendung der akpe und der besetzung der organe auskommen zu koennen.

bei der aufklaerung der vorfaelle um das akh spielt die justiz wieder einmal eine seltsame rolle. bereits in der vergangenheit hat in einigen faellen der weisungsgebundene staatsanwalt so lange erhoben und ueberprueft, bis eines tages das verfahren still und leise eingestellt wurde. man laesst den staatsanwalt untersuchungsrichter spielen. fuer die spoe darf es offensichtlich keinen skandal geben.

abschliessend stellte dr. krasser die antrage, die firma med-consult unverzueglich zu liquidieren und die feststellungen des kontrollamtes der stadt wien ueber die "sparbuchaffaere" bei der firma odelga umgehend dem kontrollausschuss vorzulegen. (sei) (forts)

1552

wiener gemeinderat (9):

debatte kontrollamtsberichte (forts.)

36 wien, 25.6. (rk) gr. mayrhofer (spoe) wies noch einmal darauf hin, dass der kontrollamtsbericht ueber das akh auf ersuchen von buergermeister gratz und vizekanzler androsch erstellt wurde. in oesterreich gibt es kein projekt, das gruendlicheren kontrollen unterworfen wurde, als das akh. es wird auch keinen schuldigen geben, vor dem sich die sozialisten schuetzend hinstellen. der bau soll rasch und zuegig fortschreiten, so dass ein teil bereits 1983 in betrieb genommen werden kann. die endgueltige fertigstellung ist fuer 1987 vorgesehen. 5.000 arbeiter sind bei der errichtung des krankenhauses beschaeftigt. die oevp soll nicht leugnen, dass sie fuer die einstellung des baus eingetreten ist. der oevp-abgeordnete wiesinger verlangte ernsthaft ueberpruefungen zur einstellung des "monsterbaus". seit der gruendung der akpe wurden 4,5 milliarden verbraucht. das bauwerk ist zu 70 prozent fertig. ein grosser prozentsatz von patienten wird auch aus den bundeslaendern ins akh kommen. trotzdem versucht die oevp in den bundeslaendern am akh kein gutes haar zu lassen.

gr. mayrhofer bedauerte, dass fpo-obmann dr. steger als eine seiner ersten amtshandlungen von der angeblichen absetzung der untersuchungsrichterin gesprochen hat. der oevp-landesparteiensekretaer habe daraufhin die staatsanwaltschaft als handlangere von verdaechtigen beschuldigt. der oevp geht es nach den wahlunterlagen darum, die pfeile auf jene persoenlichkeiten abzuschliessen, die ihr und ihrer politik gefaehrlich erscheinen.

./.

die frage, ob planungsarbeiten auszuschreiben sind, koenne auch von experten nicht eindeutig beantwortet werden. gr. mayrhofer stellte zwei anfragen an den rechnungshof: koennen ausschreibungsrichtlinien so fixiert werden, dass eindeutig hervorgehe, wann eine ausschreibung erfolgen muss? kann der rechnungshof bei einer eindeutigen defination mitwirken? der neubau des akh sei ein beträchtlicher schritt weiter, die gesundheit der oesterreicher zu erhalten, die wissenschaft zu foerdern und eine optimale ausbildung zu bieten. (ba) (forts.)

1719

wiener gemeinderat (10):

debatte kontrollamtsbericht (forts.)

37 wien, 25.6. (rk) es stellt sich die frage, wie es beim bau des neuen akh weitergehen soll, sagte gr. dkfm. dr. maria s c h a u m a y r (oevp). die heutige mitteilung von stadtrat mayr gibt darueber nur teilweise aufschluss. die frage der untreaue von direktor winter ist dem gericht ueberantwortet. die staatsanwaltschaft scheint aber in groessenordnungen fuendig geworden zu sein, die die frage aufwerfen, ob das tatsaechlich mit wissen nur eines einzigen vorstandsdirektors moeglich war.

die oevp ist fuer die sofortige abberufung des gesamten vorstandes der akpe eingetreten und wurde in dieser absicht nur noch bestaerkt. die spoe aber will weiter mit verdeckten karten spielen. sie hat veranlasst, in inseraten zwei vorstandsposten der akpe auszuschreiben. bewerbungen waren an den vorsitzenden des aufsichtsrates zu richten. es ist heute ungeklaert, ob die ersten vorstandsbesetzungen nach gruendung der akpe vom aufsichtsrat unabhaengig oder ueber weisung der eigentuemervertreter vorgenommen wurden. sie haben sich jedenfalls als nicht zweckmaessig erwiesen. neben der politischen verantwortung der eigentuemervertreter ist damit aber auch die verantwortlichkeit des aufsichtsrates und insbesondere seines vorsitzenden beruehrt, der nun wieder ueber die Neubestellungen verfuegen soll. um bei der neubesetzung der vorstandsposten nun

./.

groessere gewaehr fuer eine sachorientierte auswahl zu bieten, stellte schaumayr den a n t r a g , der wiener gemeinderat wolle sich dafuer aussprechen, dass dem wiener stadtsenat und dem ministerrat als den fuer die wahrung der eigentuemerinteressen an der akpe zustaeendigen kollegialorganen die bewerbungen um die ausgeschriebenen vorstandsposten zur kenntnis gebracht werden, ehe es zu einer bestellung durch den aufsichtsrat kommt.

es hat, wie wir seit heute wissen, 39 bewerber gegeben. die oevp wuenscht ein solides, charakterlich einwandfreies, fachlich kompetentes management, so dass nicht alles und jedes, was zu dessen aufgabenbereich gehoert, ausser haus vergeben werden muss. es ist klar, dass der neue vorstand nicht wieder an der langen leine eigenen gutduenkens gelassen werden kann.

zur ordnung gehoert auch, dass die aktionaere in ordentlichen hauptversammlungen ordentliche beschluesse fassen. es soll jede rechtliche moeglichkeit voll genutzt werden, um die aktionaersinteressen haltbar durchzusetzen.

alte vertraege, die zum nachteil der eigentuemer und teilweise sittenwidrig geschlossen wurden, sollen geloest werden koennen. es soll klargestellt werden, dass keine an der abo beteiligte firma fuer den folgeauftrag in betracht kommt.

nach der "bereinigungsphase" muss die phase der planungsverbesserung folgen. das angekuendigte planungsdirektorium soll durch eine projektgruppe zur vorbereitung der inbetriebnahme ergaenzt werden. notwendig seien eine funktionelle verbesserung der planung und eine einsparung beim bauaufwand. die oevp ist fuer eine "schlankheitskur" bei dimension und ausstattung unter patientenfreundlichen gesichtspunkten. in dieser beziehung gibt es jahrelange versaeumnisse. man hoert, dass die architektenplanung schon wieder in verzug sei. dies ist unfassbar. dem neuen vorstand soll eine straffung und kuerzung der bauzeit aufgetragen werden.

(ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (11):

debatte kontrollamtsberichte (forts.)

38 wien, 24.6. (rk) gr. dr. z e m a n (spoe) wies zunaechst auf die ruhmreiche vergangenheit des 1783 erbauten alten akh und der wiener medizinischen schule hin. 1908 wurde eine reihe neuer kliniken errichtet und im raeumlichen anschluss daran entsteht nun das neue akh. diese zentrale lage bezeichnete zeman verkehrstechnisch und infrastrukturell als optimal.

die aufgaben des akh umfassen sowohl die pflege und ambulante versorgung von kranken wie auch die forschung und lehre. 6.000 personen arbeiten im akh, davon 1.000 aerzte und 2.000 schwestern. 60.000 operationen pro jahr deuten die groessenverhaeltnisse dieses spitals an. schon zur zeit der ersten planungen wurde dem zentralbau der vorzug gegeben. er zeichnet sich durch kuerzere verkehrswege, bessere nutzung der teuren geraete und andere vorzuege aus. alle parteien und auch die presse waren urspruenglich fuer diesen zentralbau.

die erste kostenschaetzung fuer das akh 1965 betrug 3,1 milliarden. der bau in seiner heutigen kubatur haette schon 1965 neun milliarden gekostet. unter einrechnung des baukostenindex ist also der mit preisbasis 1980 berechnete preis von 26 milliarden durchaus guenstig, sagte zeman. besonders, wenn man die ungeheuren preissteigerungen bei den medizinischen geraeten und die grosse anzahl neuer, vor 15 jahren noch nicht existierender geraete bedenkt. rechnet man die preissteigerung bis 1987 ein, so kommt man auf einen preis von 36,7 milliarden, wobei man bedenken muss, dass auch die einnahmen des bundes und der stadt wien steigen. die von der oevp genannten summen von 50, ja sogar 100 milliarden s sind aus der luft gegriffen.

zu den betriebskosten sagte zeman, erhoehungen sind vor allem bei der wartung der technik und bei den energiekosten zu erwarten. insgesamt sei mit einer erhoehung von 40 prozent gegenueber dem

alten akh zu rechnen. das bedeute auf dem heutigen stand drei milliarden, fuer 1987 unter einbeziehung der preissteigerung sechs milliarden betriebskosten. (gab)

stadtraetin dr. gertrude k u b i e n a (oevp) nahm zur mitteilung von stadtrat mayr ueber die akpe-aktionaersversammlung stellung. sie stellte fest, dass viele antraege der oevp ihren niederschlag gefunden haben. die zustandserhebung ueber planung und baudurchfuehrung wurde beschlossen, ein entsprechender antrag der oevp im parlament aber abgelehnt. experten sollen von den aktionaersvertretern namhaft gemacht werden, eine ausschreibung dieser leistungen wird jedoch nicht erfolgen. "warum macht man bei der korrektur von fehlern die gleichen fehler?", fragte kubiena. die stadtraetin vermisst auch angaben ueber die ausmasse der einsparungen und kritisiert, dass es noch keine bestandsaufnahme ueber die verfuegbaren geraete gibt. sie moechte auch wissen, wieviel personal von der stadt wien ab herbst bereitgestellt werden soll. wohl sei es fuer die arbeitnehmer in kuenstlich belichteten raeumen des akh erfreulich, wenn die taegliche arbeitszeit um 20 minuten verkuerzt werde. das bedeute jedoch auch eine personalaufstockung und mehr kosten. mehrmals stellte sie die frage, "welcher vorstand der akpe" in den ausfuehrungen von stadtrat mayr gemeint sei. sie verwies auch darauf, dass die oevp bereits seit jahren die feststellung der betriebskosten des neuen akh fordere. nun vermisst kubiena jedoch hinweise darauf, ob gespraechе zwischen dem bund und der stadt wien ueber diese kosten stattfinden. abschliessend meinte sie, die mitteilung von stadtrat mayr lasse viele wuensche offen, aber viele oevp-antraege wurden aufgegriffen. (and) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (12):

debatte kontrollamtsberichte (forts.)

39 wien, 25.6. (rk) man sollte mit der polemik aufhoeren und schauen, wie man weitermacht, erklarte stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe) . konsequenzen muessen gezogen werden, aber man sollte jetzt nicht jedes kleine ding herausziehen und damit eine polemik betreiben.

wenn frau stadtrat kubiena von "stacher's patenloesung mit den arbeitspausen" gesprochen hat, dann war das sicher eine solche polemik. die raeume ohne tageslicht, in denen personal arbeiten muss wurden geplant und gebaut, als das arbeitsinspektorat gesetzlich noch nicht den beratungen zugezogen werden musste. damals waren auch oevp-politiker fuer den bau verantwortlich. heute bestehen andere gesetzliche voraussetzungen und man sollte ueber die nun getroffene loesung nicht polemisieren.

zum vorwurf, dass er den gesundheitsausschuss zu wenig informiert habe, erklarte stacher, dass er dazu, die letzten wochen ausgenommen, in sieben jahren von der oevp niemals befragt wurde. das akh ist derzeit in einer sehr sensiblen phase des bau-fortschritts. nun muessen einrichtung und fertigstellung erfolgen und es ist zu hoffen, dass niemand interessiert ist, durch polemiken den bau in dieser sensiblen phase zu verzoegern. (sei)

"stacher mache es sich zu einfach", warf vizebuergemeister dr. b u s e k (oevp) dem gesundheitsstadtrat vor. die oevp begruesse es, dass dem personal im neuen akh in kuenstlich belichteten raeumen eine zusaetzliche arbeitspause eingeraeumt werden soll. stadtrat gertrude kubiena habe nur gefragt, was diese aktion kostet, und ob personelle konsequenzen ueberlegt wurden. ferner sei es demagogie, zu behaupten, die oevp habe im ausschuss nie fragen gestellt. stadtrat stacher habe den gemeinderat zu einer ganzen reihe von aktionen informiert, nie jedoch ueber das akh. interessant waere es, zu wissen, wie stacher zur kritik des kon-

trollamtsberichtes stehe, die ma 17 haette den wienern steuergelder ersparen koennen. der gesundheitsstadtrat sei immer ein skeptiker des akh-baus in dieser form gewesen, heute gehoere er zu den verteidigern. "haben nicht sie die notwendigen massnahmen verzoegert?" fragte der vizebuergemeister den gesundheitsstadtrat. bereits im vorjahr, als stacher gegen die medien ins gericht ging, seien vorschlaege zur kontrolle von der oevp gekommen. zu lange wurden fehler geleugnet, zu lange habe man sich inter dem vorwurf der skandalisierung verschanzt. man koenne nicht in personen hineinschauen, aber man duerfe sie nicht zu lange verteidigen. die akh-affaere sei ein problem nach aussen. es gehe um die glaubwuerdigkeit der politik. die bevoelkerung fragt, was geschieht und was die politisch verantwortlichen in zukunft unternehmen. die verantwortung fuer die politische glaubwuerdigkeit sei von allen gemeinsam zu tragen. (ba) (forts.)

1749

wiener gemeinderat (13):

debatte kontrollamtsberichte (schluss)

40 wien, 25.6. (rk) stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe) erklarte, dass es moeglich gewesen waere, die betriebsorganisationsplanung fuer das akh im rahmen der ma 17 durchzufuehren, wenn von anfang an im rahmen des beginnenden baues - also in den sechzigerjahren - eine betriebsorganisationsgruppe aufgebaut worden waere. als er stadtrat wurde, war dies jedoch nicht mehr moeglich. auch fuer jene zeit davor muss die frage nach der politischen verantwortung gestellt werden.

stacher stellte auch die frage, ob die stellungnahmen der oevp in der presse immer verantwortungsvoll waren. das akh war sehr oft auch ein angenehmes beiwerk im wahlkampf.

stadtrat m a y r (spoe) erklarte, er sei froh, dass das bemuehen zumindest teilweise anerkannt wurde, eine ergaenzung des vorstandes so vorzunehmen, dass der ordnungsgemaesse weiterbau des akh gesichert wird. vieles, was in den letzten monaten "getrommelt"

wurde, sagte mayr, hat sehr wohl gravierenden einfluss auf das baugeschehen. dr. busek forderte in seiner rede fuer sich verstaendnis, dass man in einen menschen nicht hineinsehen koenne - im rest seiner rede war ein solches verstaendnis seinerseits jedoch nicht vorzufinden.

mayr wies die formulierung der begruendung des antrages der oevp, die bewerbungen um die ausgeschriebenen vorstandsposten dem gemeinderat zur kenntnis zu bringen, zurueck. den antrag selbst - unter weglassung des "ministerrates", der nicht praejudiziert werden kann - empfahl mayr anzunehmen. (ger)

gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) dankte in seinem schlusswort als berichterstatter den rednern der sechsstuendigen debatte fuer ihre beitraege. besonders vermerkte er, dass die feststellungen des kontrollamtsberichtes zum akh von allen debattenredner unterstrichen oder akzeptiert wurden.

in der anschliessenden abstimmung wurde der antrag der oevp, die bewerbungen die ausgeschriebenen vorstandsposten dem gemeinderat zur kenntnis zu bringen, mit einer modifikation einstimmig angenommen. die uebrigen beschluss- und resolutionsantraege wurden den entsprechenden ausschuessen einstimmig zugewiesen. (gab) (schluss)

morgen, donnerstag, tritt der gemeinderat um 9 uhr zur behandlung des rechnungsabschlusses der wiener stadtwerke 1979 und zur erledigung der restlichen tagesordnung zusammen.

- ende des sitzungsberichtes -